

Die Marihuana-Diskussion

Mit Kiffer-Vereinen zu einer erfolgreicherer Drogenpolitik?



In der Schweiz rauchen rund 220 000 Menschen regelmässig Marihuana, das aus der weiblichen Hanfpflanze gewonnen wird.

KEYSTONE

Bern erteilt Cannabis-Clubs eine Abfuhr

Knatsch Die Städte kämpfen für ein Pilotprojekt zur legalen Marihuana-Abgabe - das Bundesamt für Gesundheit will den Anbau jedoch nur für medizinische Zwecke erlauben

VON LORENZ HONEGGER

Zehn Gramm Gras pro Tag: Diese Menge sollen Vereinsmitglieder in den Räumlichkeiten des Cannabis-Clubs für den Eigengebrauch maximal beziehen dürfen. Der grüne Stoff kommt ausschliesslich aus staatlich kontrolliertem Anbau. Geraucht wird zu Hause.

So stellt sich die Stadt Genf die Zukunft des Marihuana-Konsums in der Schweiz vor. Die Vorteile liegen aus Sicht der Behörden auf der Hand: Die nichtkommerziellen Clubs entziehen den Dealern die Geschäftsgrundlage und erhöhen so das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Sie holen Gelegenheitskiffer aus der Illegalität und entlasten damit Polizei und Justiz. Sie helfen Personen mit problematischem Suchtverhalten und bieten im Gegensatz zum Schwarzmarkt sauberen, ungestreckten Stoff an.

Genf steht an der Spitze von mehreren grossen Schweizer Städten, die

sich vorstellen können, Cannabis für ein Pilotprojekt zu entkriminalisieren. Die Drogendealer in der Rhonestadt sind omnipräsent, weshalb sich alle Parteien mit Ausnahme der SVP beteiligen. Prominenteste Befürworterin ist alt Bundesrätin Ruth Dreifuss.

Auch die Regierungen von Basel, Zürich und Bern interessieren sich für das Genfer Modell, das es in ähnlicher Form schon in Spanien und anderen Ländern gibt. Sie schicken Polizeikommandanten und Gesundheitsverantwortliche zu gemeinsamen Treffen, um über die rechtlichen und praktischen Hürden zu sprechen. Nächster Sitzungstermin der Arbeitsgruppe ist gemäss «Nordwestschweiz»-Informationen Ende September.

Rechtliches Seilziehen

Zusammen vertreten die beteiligten Städte knapp eine Million Einwohner. Das gibt ihnen politische Schlagkraft. Dennoch steht ihr Experiment aus ju-

ristischer Sicht auf einem wackeligen Fundament. Das Betäubungsmittelgesetz untersagt Anbau und Abgabe von Marihuana ohne Wenn und Aber. Einzig das Bundesamt für Gesundheit (BAG) kann Ausnahmegewilligungen für die Forschung, die Arzneimittelentwicklung oder medizinische Zwecke erteilen.

Aktuell verfügen in der Schweiz zwei Firmen und zwei Universitäten über eine Bewilligung für wissenschaftliche Forschung mit Marihuana. Eine weitere Firma darf Cannabis zur medizinischen Anwendung anbauen. Namen gibt das BAG aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen nicht bekannt.

Die zentrale Frage für die Städte lautet: Erfüllen Kiffervereine die Kriterien für eine Ausnahmegewilligung? Das BAG winkt ab, noch bevor ein Gesuch vorliegt: «Wir sind der Ansicht, dass sich ein Cannabis-Club nicht mit dem Betäubungsmittelgesetz vereinbaren

lässt», schreibt das Bundesamt von Gesundheitsminister Alain Berset auf Anfrage. «Das Betäubungsmittelgesetz zielt auf Ausnahmegewilligungen zu medizinischen Zwecken. Es ist keine Basis für die Clubs. Diese wenden sich explizit nicht an kranke Menschen, sondern an Erwachsene, die Cannabis zu rekreativen Zwecken konsumieren.» Die Absage aus Bern dürfte damit nur noch Formsache sein.

Vielleicht auch deshalb brachte Soziologieprofessor Sandro Cattacin, Leiter des Genfer Pilotprojektes, in der Zeitung «Der Bund» die Option einer «toleranten Auslegung des Gesetzes» ins Spiel. Rechtliche Basis für die Cannabis-Clubs wäre Artikel 19b im Betäubungsmittelgesetz, der die Abgabe von weniger als zehn Gramm als «nicht strafbar» bezeichnet.

Bundespolitiker zurückhaltend

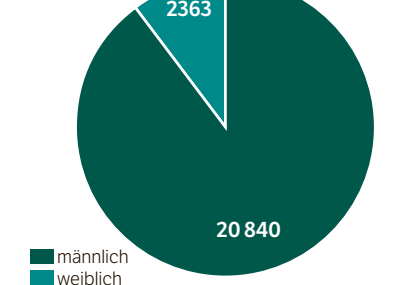
Faktisch dürfte die breitflächige Einführung von Kiffervereinen ohne er-

neute Revision des Betäubungsmittelgesetzes kaum Chancen haben. Auf Unterstützung aus dem Parlament können die Städte derzeit aber nicht zählen. Selbst linken Parlamentariern ist nach der gescheiterten Legalisierung 2004 und den 66,3 Prozent Nein-Stimmen zur Hanfinitiative 2008 die Lust am Thema vergangen. In der Sommersession unterzeichneten zwar alle SP-Nationalräte ein Postulat, das den Bundesrat beauftragt, die Aktivitäten der Städte und Kantone zu beobachten und bis 2017 Bericht zu erstatten. Doch mehr liegt nicht drin.

Bis zu einer allfälligen Legalisierung müssen sich die laut Umfragen 220 000 Kiffer hierzulande über illegale Kanäle mit Gras und Haschisch einkaufen. Anders als früher müssen sie seit dem 1. Oktober 2013 immerhin nicht mehr mit einem Strafverfahren rechnen. Bei unter zehn Gramm gibt es eine einfache Ordnungsbusse von 100 Franken.

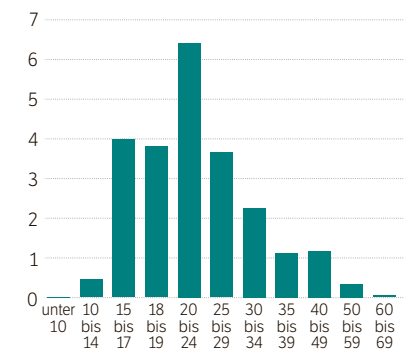
ÜBERTRETUNGEN WEGEN CANNABIS-KONSUMS NACH GESCHLECHT

Anzahl Beschuldigte 2013



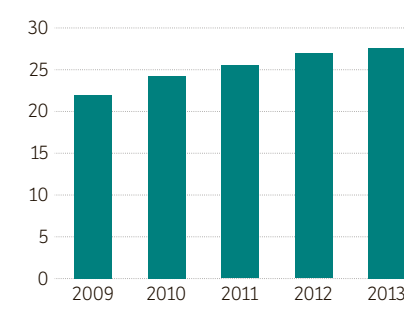
NACH ALTERSGRUPPEN

Anzahl Beschuldigte 2013, in Tausend



ANZAHL ÜBERTRETUNGEN

2009-2013, in Tausend



QUELLE: BFS

GRAFIK: NCH/BAR

CANNABIS-REGULIERUNG VON MONTEVIDEO BIS AMSTERDAM

Warum das holländische System der Coffeeshops nur bedingt funktioniert

Vereinigte Staaten



In den USA ist Cannabis auf Bundesebene seit 1970 verboten. Doch die

Amerikaner sind dem grünen Kraut gegenüber so positiv eingestellt wie nie zuvor. Die «New York Times» forderte vor zwei Wochen in einem Leitartikel: «Machen wir die Prohibition noch einmal rückgängig.» (Damit spielte die Zeitung auf das gescheiterte Alkoholverbot zwischen 1920 und 1933 an.) Trotz nationalem Marihuana-Verbot erlauben inzwischen drei Viertel aller Bundesstaaten den Besitz von Marihuana zu medizinischen Zwecken. Faktisch kommen auch gesunde Cannabis-Konsumenten relativ leicht an den Stoff. Colorado und Washington haben den Verkauf von Marihuana seit diesem Jahr ganz legalisiert. Wer ins Grasgeschäft einsteigen will, benötigt eine behördliche Lizenz. Für die Konsumenten gilt ein Mindestalter von 21 Jahren und die maximale Menge pro Einkauf beträgt 28,4 Gramm. Noch handelt es sich um ein grosses Experiment. Die Regierung in Washington zeigt sich tolerant mit den renitenten Staaten. Immerhin war der amtierende Präsident Barack Obama in seiner Jugendzeit laut eigenen Angaben selber ein Kiffer. «Ja, ich habe inhaliert, das war ja der Sinn der Sache!», sagte er während seines ersten Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 2007.

Uruguay



Das 3,4-Millionen-Einwohner-Land Uruguay ist der erste Staat der Welt, der

Cannabis auf nationaler Ebene legalisieren will. Die Regierung ist aber entschlossen, die Gras-Konsumenten an der kurzen Leine zu halten. Wer kiffen will, muss sich zwingend beim Institut für Regulierung und Kontrolle für Cannabis registrieren. Ausländer sind nicht zugelassen. Der Verkauf erfolgt entweder in Apotheken oder in Konsum-Clubs. Private dürfen im Eigenanbau maximal 480 Gramm pro Jahr und Kopf ernten. Die Umsetzung der Legalisierung ist noch nicht abgeschlossen. Irgendwann Ende Jahr soll es so weit sein. Die Vereinten Nationen übten Ende Dezember 2013 scharfe Kritik am Entkriminalisierungsentscheid.

Holland



Die Niederlande haben das bekannteste liberale Cannabis-Regime der Welt.

Das Land toleriert seit Mitte der Siebzigerjahre den Besitz und Verkauf von Cannabis. Kiffer können in einem von mehreren hundert lizenzierten Coffeeshops maximal fünf Gramm Marihuana pro Besuch kaufen. Die holländi-

sche Drogenpolitik hat jedoch einen Haken: Die Produktion von Gras ist eine Straftat geblieben, weshalb legale Coffeeshops nur über illegale Kanäle an ihre Ware gelangen. Maximal dürfen sie 500 Gramm Gras aufs Mal lagern. Das macht tägliche Nachschübe notwendig. Immer wieder versuchen konservative Kreise, dem Hanftourismus ein Ende zu machen. Zuletzt sorgte die Einführung eines sogenannten «Wiet Pass» für Schlagzeilen, der nur noch niedergelassenen Personen den Zugang zu Coffeeshops erlaubt hätte. Die Idee wurde inzwischen wieder verworfen.

Spanien



Spanien ist der Geburtsort der Cannabis Social Clubs (CSC). Die Idee besteht dar-

in, dass gemeinnützige Vereine Marihuana produzieren und so den persönlichen Bedarf ihrer Mitglieder decken. Denn der Anbau zum privaten Konsum ist keine Straftat. Das Gras wird in der Regel vor Ort im Club geraucht. Trotzdem bewegen sich die CSC in einer rechtlichen Grauzone. Laut einem Bericht von «Sucht Schweiz» werden CSC-Mitglieder immer wieder verhaftet und ihre Ernten beschlagnahmt. Ihre Zahl nimmt aber ständig zu. Einige Clubs haben bereits mehrere tausend Mitglieder. (LHN)

DIE BEFÜRWORDER

«Legalize it ...»



Andrea Caroni

Der Appenzeller FDP-Nationalrat und Anwalt setzt sich offen für die

Cannabislegalisierung ein. In seinen Augen bringt die Kriminalisierung nichts.



Franziska Teuscher

Die grüne Berner Gemeinderätin will Cannabis-Clubs in die Bundes-

stadt holen und hofft so, die Märkte für harte und weiche Drogen voneinander zu trennen.



Ruth Dreifuss

Die Genfer Alt-Bundesrätin und Sozialdemokratin ist die prominenteste

Befürworterin der gegenwärtigen Liberalisierungsbewegung. Für sie hat die Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte versagt.

DIE GEGNER

«Don't legalize it ...»



Verena Herzog

Die SVP-Nationalrätin aus dem Thurgau ist derzeit die engagierteste

Cannabis-Gegnerin im Parlament. Sie hält Marihuana für eine gefährliche Droge.



Martin Killias

Der Strafrechtsexperte sieht engen Zusammenhang zwischen Cannabis-Konsum und

Gewalttaten. Das Pilotprojekt der Städte hält er für unzulässig.



Toni Bortoluzzi

Der Zürcher SVP-Nationalrat und Gesundheitspolitiker bezeichnet

das Vorpreschen der Städte nach dem Nein des Stimmbölkers zur Hanfinitiative als «rechtsstaatliche Sauerei».

HEUTE
8.8.2014

Was heute passiert

Myanmar

Die Aussenminister der ASEAN-Staaten treffen sich zum Gipfel.

Schweiz

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) informiert über die Arbeitslosigkeit im Juli.

Washington

40 Jahre ist es her, seit US-Präsident Richard Nixon wegen der Watergate-Affäre zurücktrat.

Frage des Tages

Sind Sie für einen toleranteren Umgang mit Cannabis?

Ja Nein

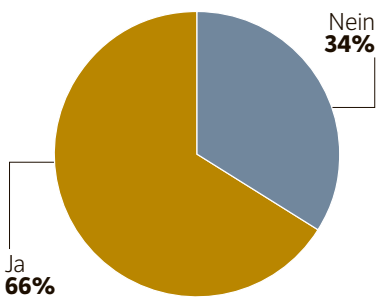
Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

www.aargauerzeitung.ch
www.bzbasel.ch
www.baselandschaftliche.ch
www.solothurnerzeitung.ch
www.grenchnerzeitung.ch
www.limmattalerzeitung.ch

Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Darf sich eine Bundeshaus-Angestellte im Web entblößen?



Video des Tages



Die Polizei räumt das besetzte Labitzke-Areal in Zürich.

TWEET DES TAGES

Billettpreise werden ab Dezember durchschnittlich 2,3 Prozent teurer. Es werden aber Rabattangebote lanciert. Die Stiftung für Konsumentenschutz äussert sich dazu wie folgt:

«Alle zahlen mehr, manche ab und zu etwas weniger: #SBB kommt mit Aktionsbilletten statt tieferer Preiserhöhung.»